

# Fürther Kleeblatt

Stadtzeitung der DKP

10/87

**Konzerne zahlen zuwenig Steuern**

## Das Fürther Millionenloch

Am 15. Oktober wird der Fürther Stadtrat über einen Nachtragshaushalt entscheiden. 18 Millionen Mark, so der Finanzreferent, fehlen allein in diesem Jahr im Stadtsäckel. Der Grund: Die Fürther Großbetriebe zahlen immer weniger Gewerbesteuer, ob-

wohl ihre Gewinne explosionsartig steigen.

Bereits im Juli wurden durch eine Haushaltssperre 25 % aller Ausgaben der Stadt pauschal gekürzt, Neuinvestitionen gestoppt.

Zusätzlich werden die Einnahmen aus der KFZ-Steuer um über eine halbe Million und die Schlüsselzuweisungen – die Zuschüsse der Staatsregierung – um fast 1 Million sinken.

All das sind die Folgen einer Politik von CDU und CSU, die die Städte und Gemeinden im wahrsten Sinn des Wortes ausblutet.

Aber das ist nicht alles: Auch die Fürther SPD betrieb in den vergangenen Jahren eine Ausgabenpolitik, deren Rechnung sie jetzt den Arbeitern und Angestellten, den Kindern und Sozialhilfeempfängern präsentiert:

4,8 Millionen für die Erschließung der Waldstraße zugunsten der US Army, weit über 20 Millionen für das „City Center“

Ausgaben für Luftschutzbunker, Verschleudern von städtischen Grundstücken an Siemens, Adler, die Bayern Versicherung und Daimler Benz.

Auch deshalb fehlen heuer Millionen in der Stadtkasse. Daß die Mehrheit des Stadtrates angesichts dieser Lage sich die Fraktionsentschädigungen um 16 000 Mark erhöhen will, und zusätzlich eine Vorlage für den kostenlosen Eintritt in Stadttheater für Stadträte kursiert, grenzt an Verantwortungslosigkeit und zeugt von ungebrochener Selbstbedingungsmentalität der meisten Stadträte.



Die Rotstiftopfer: Schüler, Rentner, Arbeitslose . . .

Wie der nebenstehende Kasten zeigt, wird der Rotstift bei Schulen, Kindergärten, Freizeit und Umweltschutz angesetzt. Auch Tarifierhöhungen wie jüngst beim Verkehrsverbund sollen die Löcher stopfen. Die Industrie und der eigene Geldbeutel der „Stadtväter“ bleiben ungeschoren.

Seit Jahren hat die DKP Vorschläge für eine Verbesserung der städtischen Finanzen gemacht:

- Erhöhung der Gewerbesteuer für Großkonzerne
- Abschaffung von Sonder-tarifen für Gas Wasser und Strom für Großbetriebe,
- Keine Mark für die US-Army,
- Subventionen nur dann, wenn neue Arbeitsplätze geschaffen werden, und:
- Stopp bei Diätenerhöhungen und Entschädigungen für Stadträte.

Weil die großen Betriebe weniger Steuern zahlen, spart die Stadt bei den Schulen, im Kultur-, Sport- und Freizeitbereich – unter anderem:

- 300 000 DM für Bauunterhalt und Einrichtung des Hardenberg-Gymnasiums;
- 100 000 DM Planungskosten für die Turnhalle am Tannenplatz, dem größten Schulzentrum der Stadt;
- Hunderttausende für die Renovierung der Schwabacher Schule;
- 160 000 DM für den Bühnenumbau am Stadttheater;
- 200 000 DM im Sport- und Freizeitbereich;

**Aber:**

**Die Fraktionsgelder für die Parteien sollen um 16 000 DM erhöht werden!**



**City Center**

### Ein Faß ohne Boden

Mit einer neuen Millionenspritze ist die Stadt Fürth in das marode Unternehmen „City Center eingestiegen. Dieses Mal über den Umweg Stadtparkasse. Die hatte schon vor längerer Zeit den halbfertigen Rest an der Königstraße für 11 Millionen Mark erworben und läßt ihn gegenwärtig für 5 Millionen umbauen. Wieder 16 Millionen von der öffentlichen Hand, um zu retten was zu retten ist.

Das allerdings „schon Weihnachten die Kassen klingeln“ wie die „Fürther Nachrichten“ so optimistisch berichten, ist sehr zu bezweifeln. Zu deutlich erinnert die gegenwärtige Praxis an die Machenschaften der inzwischen Pleite gegangenen „Bayern Immobilien Treuhand“: 1000 qm – ein Drittel der Gesamtfläche hat die Stadt selbst gemietet. Offenkundig in Ermangelung anderer Interessenten. Ein weiterer Teil der Fläche ist überhaupt noch nicht vermietet. Auch die „BIT“ hatte seinerzeit große Flächen des City-Centers an sich selber vermietet um Bedarf vorzutäuschen. Auch die BIT blieb auf großen Flächen sitzen.

Das Ergebnis ist bekannt. Die „vielen neuen Arbeitsplätze“ sind bis heute ausgeblieben. Und auch die neue Millionenspritze schafft keinen neuen Arbeitsplatz. Das wird verlagert. Und rum geschoben. Eine Stadt die so

sehr wie Fürth an Geldknappheit leidet, muß in ihrer Investitionsplanung endlich andere Schwerpunkte setzen.

### Das Allerletzte

Eine Spende über 50 000 Mark überreichte jüngst der Fürther Ehrenbürger Max Grundig der SPD Stadträtin Erika Jahreis. Damit wurde ein Gehege für Wildsäue im Stadtwald gebaut. Angesichts der 49 Millionen, die Grundig Jahr für Jahr an seinen Konzernanteilen einstreicht ist das nicht mal ein Klimpergeld. Diese Millionen erarbeiten Fürther Bürger, werden durch die Vernichtung von immer mehr Arbeitsplätzen gescheffelt. Unklar ist noch, wie die Wildschweine dieses Geheges heißen sollen. Der Name Max wurde nicht in die engere Wahl gezogen, wie aus gut unterrichteten Kreisen verlautete.





**Siegfried Imholz  
Kreisvorsitzender  
der DKP**

Dafür, daß in der Fürther Stadtkasse in diesem Jahr rund 18 Millionen Mark fehlen, kann man dem Fürther Stadtrat keinen Vorwurf machen.

Das sind die Folgen einer gemeindefeindlichen Finanzpolitik der Bundesregierung. Sie büdet den Kommunen immer höhere Kosten auf und zwackt ihnen immer mehr Geld ab.

Schließlich kommt dazu eine Steuerpolitik des Bundes, die den Großkonzernen eine zusätzliche Gewinnquelle erschließt, die dazu führt, daß die Gewinne von Grundig, Dynamit, Siemens und Quelle explodieren, ihre Steuern aber von Jahr zu Jahr sinken. Voran die Gewerbesteuer.

Das ist aber nur die halbe Wahrheit.

Denn wenn ein Fürther Stadtrat angesichts der katastrophalen Finanzlage

- sich selbst die Fraktionsgelder um jährlich 16 000 Mark erhöhen will,

- immer neue Millionen in ein Pleitenunternehmen wie das „City-Center“ steckt,

- den Amis die Straßen für Millionen Mark erschließt oder ausbaut,

- städtische Grundstücke an Industrieunternehmen verschleudert, und nicht zuletzt, die von der DKP abgeschafften Theater-Freikarten für die städtische Prominenz wieder einführen will,

dann ist er mitschuldig an der Finanzmisere der Stadt. Jede andere Behauptung Demagogie.

Wir Kommunisten haben immer einen besseren Finanzausgleich für die Gemeinden gefordert.

Wir haben immer für eine höhere Besteuerung der Großverdiener gekämpft. Wir haben aber auch immer gegen die Selbstbedienung der Stadträte aus den öffentlichen Kassen gestimmt. Das verstehen wir unter ehrlicher Kommunalpolitik.

## Verkehrsverbund

# Viel zu teuer

Was von den öffentlichen Verkehrsunternehmen als „Vorteil für Alle“ hingestellt wird, erweist sich bei genauem Hinsehen als eine schleichende Fahrpreiserhöhung.

Die Abstimmung der Fahrpläne aller Verkehrsunternehmungen im Großraum Nürn-

berg, wird durch eine komplizierte und schwer zu durchschauende Tarifzonenregelung wieder zunichte gemacht.

Im Prinzip ist ein Verkehrsverbund zu begrüßen, vorausgesetzt er bringt ein attraktives, billiges Nahverkehrsmittel für alle Bürger.



Doch die wohl einzige Vergünstigung ist die Einführung des Kurzstreckentarif: Hier sinkt der Einzelpreis je Fahrt von DM 2,30 auf 1,90. Aber der Einheitstarif in Nürnberg, Fürth und Stein, wird dadurch abgeschafft. Eine Fahrt von Fürth nach Nürnberg kostet jetzt mit Streifenkarte 1,84 also 20 Pfennig mehr. Eine Fahrt mit dem Zug von Fürth nach Langenzenn, die bisher DM 3,40 kostete, verteuert sich auf

4,30. Dafür kann man in Fürth die Busse des Stadtverkehrs mitbenutzen. Wer im Fürther Zentrum einkaufen will, braucht das aber nicht.

Am härtesten trifft es die Besitzer von Senior- und Junior-karten der Deutschen Bundesbahn, die Rentner und Jugendlichen. Der mit dem Kauf einer solchen Karte erworbene Halbpfeilstarif in den Zügen der DB wird außer Kraft gesetzt. Wer eine sol-

che Karte besitzt, muß in Zukunft genau soviel zahlen, wie alle anderen. Das trifft, wie oft, die Ärmsten.

Die DKP wendet sich nicht gegen die Einführung eines Verkehrsverbundes, wir wenden uns aber energisch dagegen, daß damit ein Preiserhöhung durchgesetzt wird.

Öffentliche Verkehrsmittel müssen attraktiv und preisgünstig sein. Hier sollten sich unsere „Oberen“ mal ein Beispiel an der DDR nehmen. Die teuerste S-Bahnfahrkarte in Berlin/DDR kostet z.B. 80 Pfennige, dafür kann man ungefähr 50 km S-Bahn fahren.

Deshalb auf jeden Fall:

- Preissenkungen statt weitere Erhöhungen;
- Gültigkeit der Schüler-, Studenten- und Seniorenkarten im Verbundsystem;
- Der Kurzstreckentarif muß auf das ganze Fürther und Nürnberger Stadtgebiet ausgedehnt werden.



## Gestrichen

Das Südstadtfest ist in diesem Jahr ausgefallen. Nachdem der erste Termin auf Grund des schlechten Wetters verschoben wurde, hieß es beim zweiten im September: „Kein Geld“. 3000 Mark, die für dieses Bürgerfest benötigt wurden, waren dem Rotstift zum Opfer gefallen – eine Folge der Haushalts-sperre bei der Stadt.

3000 Mark, im Vergleich zu anderen Ausgaben der Stadt eine lächerliche Summe. Damit wurde die bürgerfreundlichste Maßnahme in der Südstadt gekippt.

Das Fest hatte in den vergangenen Jahren immer mehr Vereine und Organisationen zum Mitmachen veranlaßt. Und der Besuch wurde jährlich besser. Viele hatten sich mit großen Opfern und viel Mühe auf das Fest vorbereitet. Jetzt war alles umsonst. Nun ist gegen Sparen bei der Stadt ja nichts einzuwenden. Aber wer Bürgerfeste wegen lächerlicher Summen kippt und den Stadträten gleichzeitig 16 000 Mark mehr Fraktionsgelder zuschanzen will, der muß sich die Frage gefallen lassen, wessen Interessen er vertritt.

## Kinder in Gefahr

Die Bushaltestelle in der Nähe des Pestalozzi-Schulhauses wurde, wie viele andere Ausgaben für Kinder, ein Opfer des Fürther Rotstiftes. Die Folge: Eine Reihe Kinder müssen nun Hauptverkehrsstraßen überqueren. Eine große Unfallquelle und Gefahr vor allem für die Kleinsten.

Nun wäre das unbürokratisch und auch ohne viel Geld zu verhindern, indem die Haltestelle der Linie 75 an die alte Stelle zurückversetzt würde. Aber das dauert: Frühhestens bei der nächsten Fahrplanänderung“ so die offizielle Auskunft. Warum – das weiß so recht niemand. Anneliese Feuerlein, SPD-Stadträtin, schoß in dieser Diskussion den Vogel ab. Sie erklärten in anderen Stadtteilen müßten Kinder auch gefährliche Straßen überqueren, da sei das bei der Pestalozzi-Schule so schlimm nicht. Also: Wenn Kinder in einem Stadtteil gefährlich leben, sollen sie das woanders auch. Ein ziemlich blödsinniges „Argument“ meinen wir. Die DKP verlangt sichere Schulwege in allen Fürther Stadtteilen.



## DKP Aktion

# Voltaplatz

Jahrelang ließ die Stadt Fürth ihr Grundstück an der Voltastraße verkommen. Sie ignorierte Vorschläge der Anwohner und Anträge der DKP im Stadtrat zur Gestaltung des Schandflecks.

In einem als „Umfrage“ getarnten Werbeblatt bot das Stadtplanungsamt Anfang September private Einstellplätze zur Miete oder zum Kauf. Gefragt wird, wieviel die Interessenten zu zahlen gewillt sind, und sie können angeblich wählen zwischen

einer totalen Asphaltierung des Platzes, einem mehrgeschossigen Parkhaus oder einer Anlage aus Fertiggargaren.

„Dieser Platz soll schöner werden“ forderte die DKP erneut zusammen mit Anwohnern. Die wichtigsten Forderungen: „Befestigte Parkbuchten am Rande; Bepflanzung mit Bäumen, Blumen...; Bänke, Sitzcken, Freizeit- und Spielgeräte.“

**Elke Mahlert**



**Wir stellen die „Solidarische Hilfe – Verein für Selbsthilfe Fürth e.V.“ vor**

# Jeder 10. in Fürth ist arm

Kürzlich legte die Solidarische Hilfe einen „Sozialbericht 1987: Armut und Not in Fürth“ vor. Das „Fürther Kleeblatt“ (FK) nahm dies zum Anlaß, mit

dem Vorsitzenden der Solidarischen Hilfe, Horst Raschke (HR), ein Gespräch zu führen.

**FK:** Was wollt Ihr mit dem Sozialbericht erreichen?

**HR:** Zuallererst wollten wir das wahre Ausmaß von Arbeitslosigkeit und Armut darstellen, damit diese Probleme nicht ständig verdrängt werden und zweitens endlich ernsthaft von Betroffenen, Stadtverwaltung, Parteien, Gewerkschaften und sozialen Organisationen diskutiert werden können. Weil wir nicht nur Schwarzmalen wollten, haben wir auch kurz- und mittelfristige Alternativen vorgestellt, die jedoch Arbeitslosigkeit und Not nur mildern können. Langfristig bleibt die Aufgabe, eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in einer Wirtschaftsordnung, wo von uns allen Hergeleitetes auch von uns allen angeeignet werden kann. Wir sehen diesen Bericht auch als Anregung an die Stadt, selbst einen jährlichen Sozialbericht zu erstellen.



**FK:** Zu welchem Ergebnis seid Ihr im Sozialbericht gekommen?

**HR:** Das schrecklichste Ergebnis ist die Tatsache, daß jeder 10. Fürther in Armut lebt, wobei hier Armut mit dem in der BRD möglichen Lebensstandard in Beziehung gesetzt wird. Weiterhin wurde nachgewiesen, daß immer mehr Arbeitslose immer länger arbeitslos sind. Immer mehr Ar-

beitslose müssen auch ohne Unterstützung vom Arbeitsamt leben bzw. nur von der niedrigeren Arbeitslosenhilfe. Wir haben festgestellt, daß Familien, die Arbeitslosenunterstützung erhalten, praktisch auf Sozialhilfeniveau abgerutscht sind. Die Arbeitslosenhilfe für eine vierköpfige Familie entspricht der durchschnittlichen Sozialhilfe in Höhe von 768 DM pro Monat.



Horst Raschke, 42 Jahre alt, Maschinenbau Techniker, Mitglied der IG-Metall und Vorsitzender der Solidarischen Hilfe e.V. in Fürth. Er ist stellvertretender Kreisvorsitzender der DKP und gab das nebenstehende Interview zur Lage der Armen in unserer Stadt.

**FK:** Es scheint, daß Ihr von der Verwaltung aber als Gegner gesehen werdet?

**HR:** Ja, obwohl das nicht in unserer Absicht liegt. Z.B. haben wir Verständnis für die prekäre finanzielle Lage der Stadt, gerade auch im Hinblick auf die bevorstehende Steuerreform. Allerdings setzen wir andere Schwerpunkte, denn wir haben kein Verständnis, wenn den Arnis für sündteures Geld die Wald- und Fronmüllerstraße ausgebaut wird oder wenn für die Rathaussanierung aus Repräsentationsgelüsten so viele Millionen ausgegeben werden. Ich denke aber, daß wir im Sinne der Betroffenen gut zusammenarbeiten könnten, wenn die Verwaltung dies will.

**Mehr Arbeitslose sind länger arbeitslos**

Von insgesamt 5608 Arbeitslosen im September '86 in Fürth sind 1/3 länger als ein Jahr arbeitslos. Überdurchschnittlich nahm dabei die Zahl der zwei Jahre und länger Arbeitslosen auf 974 zu. Schon 31 % der Arbeitslosen sind ohne jegliche Unterstützung vom Arbeitsamt, hinzu kommen 272 Ausbildungsstellenbewerber. „Es sinkt nicht nur die Zahl der Leistungsempfänger, sondern es findet auch eine Verschiebung in Richtung der niedrigeren Arbeitslosenhilfe statt“ (Sozialbericht).

## Die „Solidarische Hilfe“ fordert:

Ein umfangreiches Notprogramm zur Bekämpfung der Armut, das sich insbesondere an die örtlichen Politiker richtet:

- Nulltarif für Arbeitslose und Sozialhilfempfangen, insbesondere zur kostenlosen Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs;
- Übernahme von Miet-, Strom- und Gasschulden zur Vermeidung einer drohenden Zwangsräumung bzw. Energieabspernung.
- kostengünstige Krippen- und Hortplätze in ausreichender Zahl mit arbeitnehmerfreundlichen Öffnungszeiten;

## Sozialhilfe Ausgaben steigen

In der Regel ist die Sozialhilfe ein Zusatz zu anderen Einkommen. Die rapide Zunahme der Empfängerzahlen macht jedoch deutlich, daß es große und wachsen-

de Lücken im Einkommenssystem gibt. Dabei

tritt Arbeitslosigkeit immer häufiger als Anspruchssache auf.

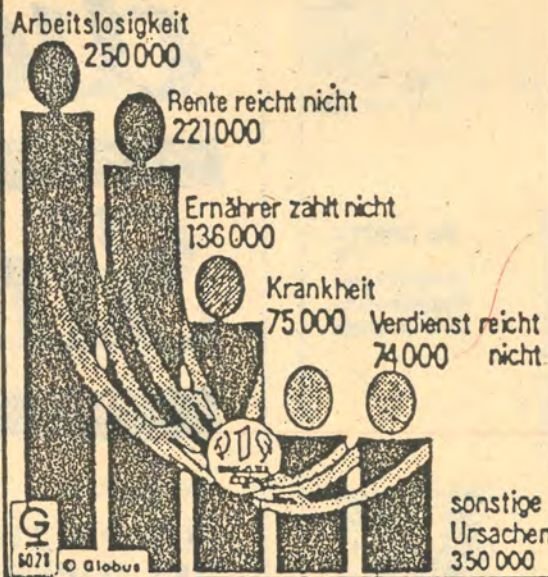
Die Sozialhilfeausgaben in Fürth sind im Jahr '85 um 24 % gestiegen, während es bei der Hilfe zum Lebensunterhalt bereits über 26 % waren. Bei 1/3 der Haushalte (= 539) mit Hilfe zum Lebensunterhalt ist Arbeitslosigkeit der Hauptgrund für die Hilfegebarung, das ist seit 1979 mehr als das Doppelte. Bei 19 % der Haushalte wird Arbeitslosengeld oder -hilfe angerechnet. 28 % sind ohne

jegliches Einkommen. 1170 Menschen müssen unterstützt werden, weil sie arbeitslos waren, wovon die Hälfte gar keine Ansprüche mehr an das Arbeitsamt hatte.

Während die Sozialhilfeempfänger 1985 insgesamt um 14 % anstiegen, ist der Anteil derjenigen, bei denen Arbeitslosenhilfe bzw. -geld angerechnet wird, um über 44 % gestiegen.

## Sozialfall – warum?

Haushalte mit laufender Sozialhilfe 1984  
Die wichtigsten Gründe:



(„Sozialbericht 1987: Armut und Not in Fürth“. Zu beziehen bei Riendl Ulrich, Simonstr. 13, Fürth. Materialkostenerstattung 4 DM in Briefmarken)

## CSU-Maier: Schmarotzer

In der Stadtratssitzung vom 16.9.87 wollte Christoph Maier von der CSU Mißbrauchsdiskussionen wieder ankurbeln. Er will zwischen „Armen und den Schmarotzern“ unterschieden haben. Maier sollte den Sozialbericht lesen, er widerlegt seine verhetzenden und diskriminierenden Absichten. Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. Als Vertreter seiner Schmarotzerpartei, der Partei derjenigen, die fremde Arbeitskraft zum Zwecke des privaten Profits ausbeuten, sollten er sich in seiner Wortwahl zurückhalten. Es könnte auf ihn selbst zurückfallen.

## Armut in Fürth

|   |          |
|---|----------|
| Arbeitslose, ohne Leistungen vom Arbeitsamt | 1720     |
| Empfänger von Arbeitslosenhilfe             | 1080     |
| „stille Reserve“                            | ca. 2800 |
| Sozialhilfeempfänger einschl. Dunkelziffer  | ca. 6000 |

Abgerechnet etwaiger Doppelzählungen, gehen wir in Fürth von mindestens 10 000 Menschen aus, die in relativer Armut leben. Das sind ein Zehntel der Fürther Bevölkerung.



collectiv  
literatur

# NEU IN DER COLLECTIV—BUCHHANDLUNG



**Gerda Antti**  
**Ich schaffe es schon**  
Roman  
Volk und Welt, Berlin  
218 Seiten, kt., DM 9,80  
Best.-Nr.: 516 757

Bestürzt registriert die 50-jährige Frau, mit Humor und Selbstkritik ausgestattet, daß sie ihren verstorbenen Mann nie geliebt und ihr Leben nie gelebt hat.  
Der Roman der schwedischen Schriftstellerin Gerda Antti ist eine unretuschierte Darstellung eines gewöhnlichen Frauenlebens.

**Viel Wasser rund ums Feuer fließt**  
Dichter über Naturereignisse  
Buchverlag Der Morgen, Berlin  
400 Seiten, geb., DM 16,80  
Best.-Nr.: 513 960

46 Autoren vermitteln atemberaubende Bilder vom intensiven Wirken und phantastischen Brodeln der Naturelemente.  
Erzählungen und Gedichte, Tagebücher, Briefe und Märchen über Sturm, Regen, Gewitter, klirrende Kälte und Feuersbrünste...

**Tschingis Hüsejnow**  
**Fatali**  
oder Die betrogenen Sterne  
Historischer Roman  
Volk und Welt, Berlin  
370 Seiten, geb., DM 14,80  
Best.-Nr.: 517 094

Wie läßt sich eine Karriere als zaristischer Beamter mit den sozialkritischen Ideen eines Aufklärers vereinbaren?  
Diese Frage wird für Fatali Achundow (1812-1878) zum Problem des Lebens, als er als Zensor die eigenen satirischen Texte entstellen muß...

**Jose Soler Puig**  
**Bertillon 166**  
Roman  
Weltkreis-Verlag, Köln  
233 Seiten, kt., DM 18,00  
ISBN 3-88142-402-4

Die von Militärs erzwungene Ruhe trägt, denn unter den Arbeiterjugendlichen wird der Widerstand organisiert. Gegen den Willen ihrer Eltern entschließen sich viele Jugendliche dazu, den Kampf aufzunehmen. Man schreibt das Jahr 1958: der Sturz des Diktators Batista auf Cuba wird vorbereitet.

**Maxim Gorki**  
**Italiänische Märchen**  
Mit Illustrationen von Hans Ticha  
Aufbau-Verlag, Berlin  
324 Seiten, geb., DM 18,00  
Best.-Nr.: 508 945

Maxim Gorki hat die "Märchen" in den Jahren 1906 bis 1913 geschrieben, als er in Italien lebte. Es sind aber keine eigentlichen Märchen, sondern Bilder aus dem wirklichen Leben, wie er Italien kennenlernte.  
Gorki erzählt in schmuckloser Schönheit von Fischern, Bauern, von Liebenden und Kindern.

**Manfred Ohlsen**  
**Der Eisenbahnkönig Bethel Henry Strousberg**  
Eine preußische Gründerkarriere  
Verlag der Nation, Berlin  
350 Seiten, geb., DM 18,00  
Best.-Nr.: 525 659

"Der größte Mann in Deutschland ist unbedingt der Strousberg. Der Kerl wird nächstens deutscher Kaiser. Überall, wohin man kommt, spricht alles nur von Strousberg", so Engels in einem Brief vom September 1869 an Marx.  
Die Geschichte Strousbergs, vom Gebieter über ein Industrieimperium mit über 100.000 Arbeitern bis zum skandalumwitterten Bankrotteur.

| BESTELLSCHEIN  |       | zur ab 50.- DM<br>portofreien Lieferung<br>gegen Rechnung  |
|--|-------|--|
| Anzahl   | Titel | ABSENDER nicht vergessen!  |
|  |       | Name   |
|  |       | Vorname  |
|  |       | Straße   |
|  |       | PLZ                      Ort   |
| Bitte ausschneiden und senden an:<br>Auch einfache Postkarte genügt! |       | <b>Libresso-Buchhandlung</b><br>Peter-Vischer-Str. 25<br><b>8500 Nürnberg 1</b><br>Telefon (0911) 225036 |



**Keine Entlassung bei Grundig**

# Fürth braucht Arbeitsplätze

Die Entwicklung der Stadt Fürth ist eng verknüpft mit Grundig. Von jeder dritten Familie in Fürth hat mindestens schon einer in den Grundig-Werken gearbeitet.

Fürther-Bürger, Männer und Frauen, vor allem Frauenhände, verhalfen Max Grundig zum Ruhm und Reichtum. Innerhalb kurzer Zeit wurde Grundig ein Begriff im westlichen Europa. „Größter Tonbandhersteller“ – „Größter Fernsehhersteller“ in Europa, von Heinzlman bis zum Videorecorder. Fürther Bürger die hier aufwuchsen, ihre Ausbildung und ersten Arbeitserfahrungen machen und ihr Leben gestalten. Hier wurden Produkte gefertigt und entwickelt, die überall gebraucht wurden!

Soll dies nun anders werden? Eine Stadt und ihre Bürger leben so gut, wie Arbeit für Alle vorhanden ist. Doch damit ist es in Fürth nicht zum besten bestellt.

Seit 1987 wurden 3500 Arbeitsplätze bei Grundig-Fürth vernichtet. In Fürth sind



z.Zt. 5 680 arbeitslos, davon 32,8 % länger als ein Jahr. Die Arbeitsmarktlage ist also äußerst bedenklich. Jeder vernichtete Arbeitsplatz bringt langfristige Arbeitslosigkeit mit sich. Hier ist Grundig maßgeblich beteiligt.

Weiter sollen folgen: Bis Ende des Jahres sollen 300 Beschäftigte vom Werk 23 ihren Arbeitsplatz verlieren. Das Werk 10 krankt über akuten Auftragsrückgang – trotz Minderung der Kurzarbeit. Hinter hohler Hand spricht man von Abstoßen des Werk 10. Im Werk 1 läuft

Ende des Jahres der Tuner-auftrag aus, Anschlußaufträge sind nicht in Sicht. Philips Machtstrategie heißt: – Absprachen auf dem Weltmarkt, abstoßen weniger gewinnbringender Produktionspaletten.

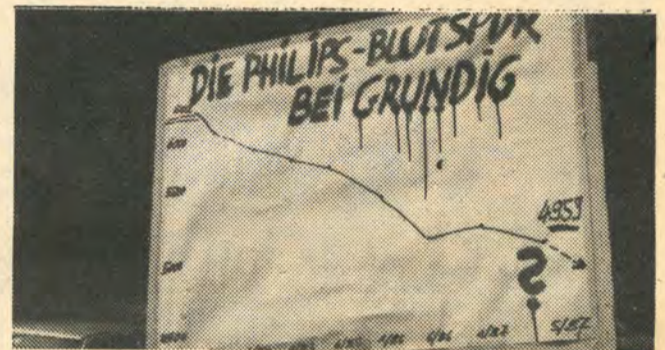
– Umstrukturierung der Betriebe, d.h. Konzentration der Produktion. – Fertigung größtmöglicher Stückzahlen mit geringsten Aufwand und geringsten Beschäftigungszahlen. Diese Machtstrategie Philips gilt es zu verhindern. **Wir brauchen Arbeitsplätze in Fürth!**

**Aus der Bilanz des Grundig-Philips Konzerns 1986/87**

| Einzelposten           | 86/87    | 85/86    | Veränderungen |
|------------------------|----------|----------|---------------|
| Nettogewinn            | 110 Mio  | -49 Mio  | plus 159 Mio  |
| Netto Finanzgut        | 264 Mio  | 34 Mio   | plus 210 Mio  |
| Umsatzrendite          | 3,5 %    | -1,5 %   | plus 5 %      |
| Umsatz bei Videorecor. | 3,1 Mrd  | 2,7 Mrd  | plus 15 %     |
| Materialkosten         |          |          |               |
| hundert Mark Umsatz    | 47 %     | 52 %     | minus 5 %     |
| Lohnkosten             | 27,1 %   | 29,4 %   | minus 2,3 %   |
| Altersversorgung       | 51,7 Mio | 67,7 Mio | minus 16 Mio  |

Daraus wird klar:

Jeder Arbeitsplatz bei Grundig in Fürth kann erhalten bleiben. Geld genug ist vorhanden. Die Behauptung, daß die Gewinne von heute die Arbeitsplätze von morgen sind, ist eine Lüge.



## Bis 1992 alles aus?

Die Gerüchte, daß die Schließung aller Grundig-Betriebe in Fürth bis zum Ende des Geschäftsjahres 1992/93 bittere Wahrheit wird, verdichten sich.

Hinter vorgehaltener Hand wird auch schon eine Strategie ausgeknobelt. Dazu gehören:

Absprachen zwischen Grundig und Quelle über die Verwendung der Produktionsstätten von Grundig als Lagerräume für Schickedanz.

Die Anheuerung von minderqualifizierten Managern, die dann als Prellbock für die um ihre Arbeitsplätze kämpfenden Beschäftigten dienen sollen und vom eigentlich Schuldigen, den Philips-Bossen, ablenken sollen.

Dazu gehört vor allem der Einsatz von Rationalisierungsunternehmen, die schon jetzt herumposaunen, daß mindestens jeder dritte Arbeitsplatz bei Grundig in Fürth „überflüssig“ sei.

Schließlich soll eine Untersuchung existieren, die die Effektivität der Entwicklungsabteilungen im niederländischen Eindhoven und Fürth vergleicht. Das Ziel ist eine der beiden Abteilungen aufzulösen. Welche, das dürfte nicht schwer zu erraten sein. Noch sind alles nur Gerüchte. Die Vergangenheit aber hat gezeigt, daß vieler solcher Gerüchte sehr schnell bittere Wahrheit werden.

*Horst Raschke*



**Beschäftigungsplan**

### Eine gute Alternative

Mit dem ersten Beschäftigungsplan, der bei Grundig durchgesetzt wurde, hat die IG-Metall gezeigt:

Es gibt eine Alternative zum Kahlschlagkonzept der Philips-Bosse. Da ist zum Beispiel die Produktion von Abwasser-Sensoren, für die ein Bedarf besteht. Nach Angaben von Fachleuten beträgt der Markt etwa 2,2 Milliarden Mark.

Die Forschung und Arbeit an diesen Sensoren wird allerdings von der Konzernleitung nur halbherzig betrieben. Mit der Vernichtung von Arbeitsplätzen kann man halt mehr Gewinne scheffeln.

Ähnlich erging es anderen alternativen Produkten wie dem drahtlosen Telefon. Das wurde nach seiner Einführung gestoppt. Heute produziert es eine andere Philips-Tochter, die PKI.

Nach wie vor weigert sich die Konzernleitung in Fürth einen zweiten Beschäftigungsplan zu verabschieden. Ein entsprechender Vorschlag der IG-Metall liegt seit Monaten auf dem Tisch. Doch mit Ausflüchten und Tricks wird er von den Philips-Managern boykottiert. Er bietet eine Chance alle Arbeitsplätze in Fürth zu erhalten.

**Wenn Grundig zumacht stirbt Fürth**

Rund 40 Millionen Mark weniger Einnahmen hätte die Stadt Fürth, wenn der Grundig Standort bei uns vernichtet wird. Das sind offizielle Schätzungen.

Eine völlige Verarmung der Stadt, einer der wichtigsten Industriestandorte der Region, wäre die Folge. Alle Zukunftspläne über ein schöneres und lebenswerteres Fürth könnten zu den Akten gelegt werden.

Die Folgen für Tausende Familien wären katastrophal. Die Zukunft der jungen Generation noch unsicherer als heute.

**Solidarität mit den Grundig Beschäftigten von Werk 23**

**Bis zum Ende dieses Jahres sollen bei Grundig in Fürth über 300 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. Werk 23 soll geschlossen werden. Das ist der Beginn des Abbaus des Grundig Standortes in Fürth. Seit 1978 sind bei Grundig bereits 3500 Arbeitsplätze vernichtet worden.**

**Deshalb unterstütze ich die Forderung der DKP**  
 – Bei Grundig darf kein weiterer Arbeitsplatz vernichtet werden. Werk 23 muß erhalten werden –  
 – Der Beschäftigungsplan, den die IG-Metall vorgelegt hat, muß von der Geschäftsleitung sofort unterschrieben und verwirklicht werden –

| Name | Adresse | Unterschrift |
|------|---------|--------------|
|      |         |              |
|      |         |              |

**Werk 23 erhalten – keinen Arbeitsplatz vernichten**



Früh buchen

## Weihnachten – Silvester in der CSSR

Wegen der großen Nachfrage nach den beliebten Karlsbad-Silvesterreisen bieten wir zum Jahreswechsel diese Reisen (mit großem Kultur- und Ausflugsprogramm und mit Probeanwendungen) für viele Kurorte der CSSR an. Anreise mit Pkw, Bahn oder Bus ab/bis Frankfurt möglich.

|                     |                           |
|---------------------|---------------------------|
| <b>Karlsbad</b>     | 25. 12. 87 – 2. 1. 88     |
| <b>Marienbad</b>    | 25./26. 12. 87 – 2. 1. 88 |
| <b>Joachimsthal</b> | 23. 12. 87 – 2. 1. 88     |
| <b>Franzensbad</b>  | 25. 12. 87 – 2. 1. 88     |
| <b>Luhacovice</b>   | 27. 12. 87 – 3. 1. 88     |
| <b>Piestany</b>     | 20./25. 12. 87 – 2. 1. 88 |

Preise (mit VP, Programm und Visum) für Doppelzimmer ab 579,50 DM, Einzelzimmerzuschlag ab 100,- DM. Bitte Prospekte anfordern.

Reisedienst  
**Lieselotte Schmidt**  
+ **Günter Arndt**  
Am Steinernen Kreuz 9  
6230 Frankfurt 80  
Telefon (069) 395565 (9 bis 15 Uhr)



Beliebtes Reiseland im Herzen Europas



Viele Wege führen in die Tschechoslowakei.  
Der beste aber führt über

**ČEDOK REISEN GmbH**  
Kaiserstraße 54 · 6000 Frankfurt/Main  
Telefon (069) 232975-77 · Telex 414017

## VITOSCHA Sofias mächtiger „Hausberg“ ...



Ein Gebirge  
für  
Bergsteiger,  
Sportler und  
Naturfreunde



### Bulgarisches Fremdenverkehrsamt

Stephanstraße 1-3, 6000 Frankfurt 1 – Telefon (069) 29 52 84

**Bulgarische Assoziation für Tourismus  
und Erholungswesen**

Sofia, Leninplatz 1 · Telefon 8 41 31 · Telex 22 583, 22 584

# „Nach ihnen die Sintflut?“

JAROSLAV ČAP

## ZUR POLITIK DES IMPERIALISMUS

Die Broschüre widmet sich der wichtigsten Frage unserer Epoche zu – der Erhaltung des Friedens. Aus diesem Blickwinkel versucht der Autor strategische Probleme der internationalen Politik näher zu beleuchten, u. a. auch die große Gefahr, die von der Politik des Militär-Industrie-Komplexes der USA eben für die internationale Sicherheit ausgeht. Diese Tatsache wird faktographisch reich belegt. Interessant ist des weiteren die Definierung des Klassencharakters der Beziehungen zwischen den beiden Weltsystemen. Auch der dokumentarisch unterlegte Vergleich der vielfältigen Friedensinitiativen der Sowjetunion mit der Rüstungs- und Konfrontationspolitik der USA und anderer imperialistischer Staaten wird das Interesse der Leser erwecken. Das Fazit der Broschüre lautet, im Atomzeitalter darf und kann kein internationaler Konflikt durch einen Krieg gelöst werden, weil er den Untergang der menschlichen Zivilisation zur Folge hätte.



Gegen Einsendung der Portogebühren von 3,- DM in Briefmarken erfolgt die Auslieferung in deutscher Sprache durch Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Postfach 10 10 53, 4040 Neuss 1.

Erscheint auch in englischer, französischer und spanischer Sprache.



# Gegen militärische Übungsflüge Schluß damit!

Seit Ende August sammelt die „Fluglärm-Schutzgemeinschaft Nürnberg und Umgebung“ Unterschriften. In Fürth in den nördlichen Stadtteilen Stadeln, Sack, Bislohe und Ronhof.

Diese Bürgerinitiative fordert:

Schluß mit den Nachtflügen,  
Schluß mit den militärischen Triebwerk-  
sprobelaufen.

Seit Jahren klagen die Bewohner der nördlichen Fürther Stadtteile über den zum Teil unerträglichen Fluglärm des Nürnberger Flughafens. Besonders krass ist dieser Krach, wenn die US-Streitkräfte Manöver und Übungsflüge durchführen oder Munition transportieren. Zum Krach kommt dann noch eine große Gefahr: Die Möglichkeit eines Absturz eines mit Munition vollgepackten US-Transporters über einem Wohngebiet. Bekanntlich werden über den Nürn-

berger Flughafen die Munitionsbunker im Reichs- und Zennwald beliefert. Bereits 1984 hat die DKP die Lärmentwicklung in der Einflugschneise des Flughafens gemessen. Damals stellten wir fest: Eine Spitzenwertüberschreitung des höchstzulässigen Lärmpegels um 549 bis 1614 Prozent! An keinem Meßpunkt wurden die Lärmgrenzen eingehalten. Seit dieser Zeit, so berichten Anwohner, habe sich der Flugverkehr verdreifacht.

Auch die oben genannte Bürgerinitiative bestätigt diese Angaben.

Die bisher einzige Maßnahme der Stadt Fürth beschränkte sich hingegen auf den Einbau von Lärmschutzfenstern in den Schulen.

Deshalb sind die Forderungen der Betroffenen, hier endlich Abhilfe zu schaffen, mehr als gerechtfertigt. Der Fürther Stadtrat muß endlich diesen lärmgeplagten Bürgern helfen.

Norbert Galambos

# 120 Sozialämter verschaffen „Quelle“ Profit aus Stadtkassen

Aus der Arbeitslosenzeitung „Moskito“

120 Sozialämter in der Bundesrepublik sind dazu übergegangen, Kleidung und Haushaltsgegenstände über das Versandhaus Quelle anliefern zu lassen, statt dafür Bargeld zu gewähren. Die Betroffenen haben keine Möglichkeit, selbst zu wählen und Preise zu vergleichen; sie werden praktisch entmündigt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Schuldnerberatung (BAG-SB), die eine Liste dieser Sozialämter erstellt hat, weist auf die Problematik und Rechtswidrigkeit hin. Das Bundessozialhilfegesetz (BSHG) schreibt vor, Hilfeempfängern die Führung eines Lebens entsprechend der Würde des Menschen zu ermöglichen. Der Vorsitzende der BAG-SB, Stephan Hupe, wirft diesen Sozialämtern Verstoß gegen die gesetzlichen Regelungen vor und prüft juristische Möglich-

keiten gegen diese Praktiken.

Der Quelle-Versand bietet den Sozialämtern Rabatte bis zu 30 Prozent an. Das kann die Sozialämter zu vermehrten Bestellungen animieren. Dadurch erzielt der Quelle-Versand zusätzliche Einnahmen. Abgesehen davon, daß Quelle möglicherweise gegen das Rabattgesetz verstößt und sich des unlauteren Wettbewerbs schuldig macht, geht diese Geschäftemacherei zweifellos auf Kosten der Ärmsten in dieser Gesellschaft.

Sozialhilfeempfänger werden gedemütigt, diffamiert und wie Mündel behandelt. Hinzu kommt, daß bei den Geschäften zwischen jenen Sozialämtern und Quelle unter Umständen der Datenschutz auf der Strecke bleibt.

Die Sozialhilfeempfänger haben Anspruch auf die Hilfen, sie müssen diese aber in Bargeld erhalten. Sie müssen selbst wählen können, was sie zu ihrem Bedarf anschaffen.



## Treffpunkte der DKP-Gruppen

### Montags, vierzehntägig

Wohngebietsgruppe Süd  
„Deutscher Michel“  
Karolinenstraße  
Wohngebietsgruppe West  
Kreisbüro, Theaterstr. 29

### Dienstags, vierzehntägig

Wohngebietsgruppe Nord  
„Waldlust“, Erlanger Straße  
Ortsgruppe Langenzenn  
Hallenbadrestaurant,  
Langenzenn  
Betriebsgruppe Stadtverwaltung  
Kreisbüro, Theaterstraße

### Mittwochs, vierzehntägig

Betriebsgruppe UVEX-Winter  
„Deutscher Michel“  
Karolinenstraße

### Donnerstags, vierzehntägig

Betriebsgruppe-Grundig  
Kreisbüro, Theaterstraße 29

Alle Termine und andere  
Auskünfte können über das  
Kreisbüro, Theaterstraße 29  
☎ 77 56 16 erfragt werden.

## Ergebnisse der Fluglärmmessung mit dem DKP-Umweltschutz-Meßwagen in Fürth und Nürnberg am 17. Februar 1984

| Stadtteile                                 | Nürnberg-Buchenbühl | Fürth-Sack  | Fürth-Stadeln   | Fürth-Braunsbach   |
|--|---------------------|-------------|-----------------|--------------------|
| Straße                                     | Hermann-Lönsstr. 32 | Nordring 27 | Alfred-Nobel 38 | Braunsbachstraße 2 |
| Untergrundpegel ohne Fluglärm in dB(A)     | 55                  | 58          | 57              | 61                 |
| Pegel nach Fluglärmgesetz in (Leq) dB(A)   | 65                  | 64          | 66              | 65                 |
| Spitzenpegel bei Starts in dB(A)           | 92                  | 96          | 90              | 82                 |
| Grenzwert für Straßenverkehrslärm in dB(A) | 55                  | 55          | 60              | 55                 |
| Überschreitung vom Mittelwert in %         | 100                 | 86          | 51              | 100                |
| Überschreitung vom Spitzenwert in %        | 1199                | 1614        | 700             | 549                |



## Abhilfe geschaffen

Seit Jahren verpestete die Firma Deko-Meier den Fürther Osten mit Lösungsmittelgestank. Nachdem vor einigen Wochen Elisabeth Imholz, Mitglied der DKP, diesen Skandal an die Öffentlichkeit gebracht hatte, sah der Chef dieser Firma seine Stunde gekommen.

Mit Antikommunismus, Unterstellungen und Diffamierungen versuchte er von diesem Problem abzulenken.

Dabei schreckte er auch nicht vor falschen Behauptungen zurück. Niemand, so Meier habe mit ihm über dieses Problem gesprochen und das sei eben typisch für Kommunisten.

Nur: das stimmt nicht. Jedesmal hagelt es Beschwerden, wenn Meier die Luft verpestet.

Der öffentliche Protest hat eins erreicht: Im Oktober sollen neue Filter den Gestank unterbinden.

## Buraton 10 F zerfrißt Plastikrohre

Im Kreiskrankenhaus in Freudenstadt hat Buraton 10 F in 4 Jahren PVC Rohre zerfressen. Durch diese Leitungen wurde dieses Desinfektionsmittel in einer 2prozentigen Konzentration gepumpt.

Sie müssen jetzt ausgewechselt werden.

Auch im Fürther Krankenhaus wird dieses formaldehydhaltige Desinfektionsmittel verwendet.

Der Chefarzt des Krankenhauses bezeichnete dieses nachweisbar auch krebserregende Mittel als „harmlos“, nachdem die DKP-Betriebsgruppe auf dessen Gefahren aufmerksam gemacht hatte.

## Wer kennt Färd?



Auch Dieses Mal stellen wir Ihnen wieder ein Bild aus unserer Stadt vor. Wer weiß wo es aufgenommen wurde und was es darstellt, sollte uns eine Postkarte senden. Unsere Anschrift: DKP Kreis Fürth, Theaterstr. 29, 8510 Fürth. Unter den richtigen Einsendungen wird wieder ein Bildband über Fürth verlost.

Die Gewinner des letzten Rätsels war: Frau Grete Dühling in Fürth. Wir gratulieren ganz herzlich.

V.i.s.d.P.: Siegfried Imholz, Theaterstraße 29  
8510 Fürth, Telefon 77 56 16  
Druck und Anzeigenverwaltung:  
Plambeck & Co, 4040 Neuss





## Das UZ-Volksfest und die Medien

# Eine dpa-Meldung, die nicht erscheinen durfte

450 000 beim UZ-Volksfest der DKP – diese Information fiel jener Zensur zum Opfer, die es hierzulande von FAZ bis TAZ eigentlich gar nicht gibt. Und das, obwohl die Nachrichtenagentur dpa am Sonntag um 11.38 Uhr – also lange vor dem Redaktionsschluß der Montagsausgaben – die folgende Meldung unter der Überschrift „Hunderttausende und jede Menge Kultur beim UZ-Pressesfest“ brachte:

„Duisburg. dpa – Einmal im Jahr hat die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) Zulauf wie noch nie: Fast eine halbe Million Menschen kamen nach Angaben der Veranstalter von Freitag nachmittag bis Sonntag abend nach Duisburg zum Pressesfest der UZ („Unsere Zeit“), der Tageszeitung der DKP. Von einem riesigen friedlichen Volksfest im und rund um

das Wedaustadion und Rekordzahlen in diesem Jahr sprach auch die Duisburger Polizei, die die Besucherschar auf „mindestens“ 350 000 Leute schätzte. Der russische Staatszirkus im eigenen Zelt, Udo Lindenberg und das Panikorchester, Rußlands Rock-Lady Nr. 1, Alla Pugatschowa, mit ihrer Band Rezital, Konstantin Wecker mit Band, „Die Stimme Latein-

amerikas“, Mercedes Sosa, zusammen mit dem argentinischen Musiker Leon Gieco, Hannes Wader, Dieter Süverkrüp, Dietrich Kittner, der Kanadier Bruce Cockburn, Folkloregruppen unter anderem aus Ungarn und der DDR und jede Menge Kleinkunst auf zahlreichen Bühnen.

Insgesamt weit über 1 000 Künstler boten überreichlich an Augen- und Ohrenschmaus für die Besucher aus ganz Deutschland und aus Nachbarländern. Für das leibliche Wohl war in Dutzenden von Zelten, Ständen und Buden gesorgt, an denen es zu erschwinglichen Preisen Essen und Trinken gab, unter

anderem Spezialitäten aus der ganzen Welt wie Paella, ungarischen Spießbraten und russischen Sekt mit Kaviar. Mehr als 5 000 freiwillige Helfer waren an der Versorgung beteiligt. Erich Honecker, gerade zurück vom Besuch in Deutschland-West, ließ von Deutschland-Ost ein Grußwort übermitteln, und der Duisburger Oberbürgermeister Josef Krings ließ sich einen Bummel übers riesige Festgelände nicht nehmen. Die übrigen Besucher mußten sich zum Teil in bis zu 20 Kilometer langen Blechschlangen gedulden, bevor sie den Festplatz erreichten.“

Der SDAJ-Landesvorstand Franken/Oberpfalz und der DKP-Bezirksvorstand Nordbayern laden ein zu

## Wochen des realen Sozialismus mit Gesprächspartnern aus der Sowjetunion und der DDR

### Veranstaltungen der SDAJ mit Vertretern des Komsomol

Montag, den 5. 10., 19.00 Uhr  
Nürnberg, Che-Guevara-Club, Finkenstraße 9

#### Drushba-Fest

Dienstag, den 6. 10., 19.00 Uhr  
Fürth, Jugendzentrum Catchup, Wasserstraße 5

Mittwoch, den 7. 10., 19.30 Uhr

Erlangen, E-Werk

#### Podiumsdiskussion

Donnerstag, den 8. 10., 19.30 Uhr  
Regensburg, Gaststätte „Gravenreuther“

Freitag, den 9. 10., 19.30 Uhr

Würzburg, DKP-Büro, Theodor-Körner-Straße 3

### Veranstaltungen der DKP mit Vertretern der KPdSU

Donnerstag, den 22. 10., 19.00 Uhr

Würzburg, „Bierstüble“, Alte Stadtmensa

Freitag, den 23. 10., 19.30 Uhr

Sulzbach-Rosenberg, Gasthaus „Zur Waage“, Hauptstr. 25

Samstag, den 24. 10., 19.30 Uhr

Fürth, Gaststätte „Grüner Baum“, Gustavstraße

Sonntag, den 25. 10.

Bamberg

Montag, den 26. 10., 19.30 Uhr

Erlangen, Kulturtreff, Helmstraße 1

## Stadtratsbeschuß

### Augsburg bleibt atomwaffenfrei

Augsburg. UZ – Die Stadt Augsburg will an ihrem Appell an Kanzler Kohl festhalten, das Stadtgebiet von der Lagerung und dem Transport von Atomwaffen und anderen Massenvernichtungsmitteln freizuhalten.

Der Stadtrat beschloß mit den Stimmen von SPD, Grünen und der Christlich Sozialen Mitte (CSM) gegen die Stimmen der CSU, Berufung gegen ein Urteil des Verwaltungsgerichts Augsburg einzulegen, das einen entsprechenden Stadtratsbeschuß aus dem Jahr 1984 beanstandet hatte.

„VEB Henneberg-Porzellan Ilmenau“ in der DDR im Bezirk Suhl: 2000 „Henneberger“ stellen hochwertiges Haushaltssporzellan her und exportieren in mehr als 35 Länder. Sie setzen die 200jährige Thüringer Porzellantradition fort.

1973 ersetzte ein im Rahmen staatlicher Planung neugebautes Werk mit damals 2400 Belegschaftsmitgliedern im Stammbetrieb Ilmenau die verschlissenen alten Produktionsstätten. Die Entwicklung geht rasch weiter. Im Rahmen anspruchsvoller Pläne zur Entwicklung der Volkswirtschaft und der ständigen Steigerung der staatlichen Sozialleistungen muß auch der „Volkseigene Betrieb (VEB) Henneberg-Porzellan“ mehr produzieren, Selbstkosten senken – und weitere Arbeitskräfte „einsparen“. Keine leichte Sache. Der Weg dazu: verstärkter Einsatz modernster Schlüsseltechnologie, Rationalisierung – vor allem aber volle Mitsprache, schöpferische Mitarbeit aller Werkstätigen.

# „Sozialer Abstieg? – Nie!“

## Besuch im VEB Henneberg-Porzellan Ilmenau

Droht dabei nicht doch Arbeitslosigkeit? „Natürlich nicht“, so Wolfgang Schmiedeknecht und Roswitha Wöhner, der Vorsitzende und seine Stellvertreterin in der Betriebs-Gewerkschaftsleitung (BGL). (Ohne Zustimmung der Gewerkschaft läuft nichts im Betrieb!)

„Verlust der Arbeit wegen neuer Technik und Rationalisierung? Unvorstellbar“, bekräftigt die parteilose Schichtleiterin (Meisterin) Rosemarie Lutze. Und Inge Schmidt, auch „Keramformer“ und jetzt Sekretärin der Abteilungsparteiorganisation der SED: „Die Kollegen denken da an die Verbesserung der Qualität, an Arbeitserleichterungen und natürlich, was finanziell herauspringt.“

Sicher gibt es dabei persönliche Probleme – Arbeitsplatz-

zwecksel, neu qualifizieren, die Schulbank drücken. „Man muß manchmal Mut machen und Bedenken geduldig ausräumen“, so Kollegin Lutze.

Lange vorher weiß jeder, wie seine künftigen Arbeitsbedingungen und Anforderungen aussehen. Schon bei der gesetzlich vorgeschriebenen



Gespräch beim VEB Henneberg-Porzellan Ilmenau. Von Links: Inge Schmidt, Roswitha Wöhner, Anka Konhäuser, Rosemarie Lutze.

Plandiskussion im Betrieb kann jeder mitreden, kritisieren, Vorschläge machen. In Einzelgesprächen wird alles – auch persönliche Anliegen – genau besprochen.

Es gibt keinen sozialen Abstieg. Das Arbeitsgesetz der DDR verpflichtet jeden Betrieb, einen gleichwertigen oder ähnlichen Arbeitsplatz nachzuweisen – mit Lohnausgleich bis zur Einarbeitung.

Die „Henneberger“ sind sicher: Arbeitslosigkeit wird es nicht geben. „Aber wir können uns vorstellen, daß es bei einem entsprechend hohen technischen Niveau Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnverlust gibt, daß die Dienstleistungen noch mehr ausgebaut werden und wir mehr Freizeit haben.“ Warum sie so sicher sind? „Wir arbeiten für uns und nicht für den Profit privater Konzerne. Je mehr es vorangeht, desto besser leben wir. So war es bisher, das ist doch das Wesen unserer sozialistischen Gesellschaft.“ Anka Konhäuser